

EntschlieÙung

Die von der Landesregierung eingesetzte Kommission „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ (sog. Bull-Kommission) behauptet, dass die öffentliche Verwaltung den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird. Es fehle zum Beispiel an Qualität, Bürger- und Kundenfreundlichkeit, Anreizen zur Leistungssteigerung und Führungskompetenz der Vorgesetzten. Die wesentlichen Ursachen dieser angeblichen Fehlentwicklungen liegen nach Ansicht der Kommission im geltenden Dienstrecht mit seiner hohen Regelungsdichte und den überregulierten Tarifverträgen.

Ministerpräsident Steinbrück hat sich diese Behauptungen offensichtlich ohne Überprüfung zu Eigen gemacht. Er beabsichtigt immer noch, durch Verfassungsänderung das Beamtentum abzuschaffen und über die Föderalismuskommission die volle Kompetenz der Bezahlungssysteme von Besoldung, Versorgung und Tarifvergütung vom Bund auf die Länder zu übertragen.

Der Landesverbandstag der nordrhein-westfälischen Steuer-Gewerkschaft mit seinen über 200 Delegierten stellt dazu fest:

- Am Beispiel der Steuerverwaltung wird belegt, dass das Beamtentum für Gesellschaft und Staat ein Erfolgsmodell war und ist. Es sichert den Bürgerinnen und Bürgern zu jeder Zeit – ohne Streikunterbrechung – eine objektive und neutrale Einnahmeverwaltung, die durch ständige Qualifizierung des Personals ein nicht mehr durchschaubares Steuerrecht kundenfreundlich umsetzt.
- Bereits im Frühjahr 2003 hat der Finanzminister in einer Kabinettsvorlage ausführlich dargestellt, wie sich die Finanzämter von einer Eingriffsverwaltung in den 50er Jahren zu einem modernen, bürgerfreundlichen und mitarbeiterorientierten Verwaltungsunternehmen gewandelt haben. Wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung sei der Reformwille der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewesen. Die Ergebnisse mehrerer Bürgerbefragungen im Rahmen von Bürgerorientierung bestätigen ausdrücklich die Feststellungen in der Kabinettsvorlage.
- Somit sind die Behauptungen der Bull-Kommission eindeutig widerlegt. Es stellt sich die Frage, ob die Experten in ihrem Bericht anstelle des Ist-Zustandes des öffentlichen Dienstes uralte Vorurteile und Klischees über den öffentlichen Dienst beschrieben haben.

Der Landesverbandstag der DSTG fordert deshalb Ministerpräsident Steinbrück auf, sich ohne Einschränkung zu den bundeseinheitlich geltenden Grundprinzipien des Beamtentums und des Flächentarifvertrages zu bekennen. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich den Reformvorschlägen von dbb und DSTG, die bereits im Eckpunktepapier mit dem Bundesminister zu einer Vereinbarung geführt haben, anzuschließen. Da wo es erforderlich ist, sind Reformen ohne Verfassungsänderung möglich.